



FDP | 26.02.2025 - 11:24

Grundgesetz nicht aus Koalitions kalkül ändern



CDU-Chef Friedrich Merz liebäugelt damit, noch mit dem alten Bundestag eine Reform der Schuldenbremse und damit eine Grundgesetzänderung zu beschließen. Dafür steht die FDP nicht zur Verfügung.

Die Wahllokale hatten kaum geschlossen, als CDU-Chef Friedrich Merz schon an der Schuldenbremse im Grundgesetz sägte. FDP-Präsidiumsmitglied und [Bundestagsfraktionschef Christian Dürr stellte im Interview mit der „Welt“](#) [1] die These auf, dass sich der zukünftige Bundeskanzler dadurch finanzielle Spielräume für eine gemeinsame Regierung mit den Sozialdemokraten eröffnen will. Dürr findet das Vorgehen von Merz „obskur“: „Das Grundgesetz ändert man nicht einfach so aus Angst vor neuen Mehrheiten. Ich kann mir keine Grundgesetzänderung zwischen Tür und Angel vorstellen, die wir jetzt, nachdem der Wähler gesprochen hat, vor der Konstituierung des neuen Bundestages mal eben so durchwinken sollten.“

Für ihn ist klar, dass es Merz nicht in erster Linie um die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik geht: „Es geht darum, dass eine Koalition aus CDU/CSU und SPD mehr Geld zum Ausgeben hat.“ [Im Gespräch mit dem „Weser-Kurier“ führte er aus](#) [2]: „Ich befürchte, dass sich die neue Regierungskoalition Geld am Haushalt vorbei verschaffen will. Das kann keine Option sein.“

Gut Haushalten, nicht neue Schulden machen

Das Ziel, Deutschlands Verteidigung besser aufzustellen, unterstützen die Freien Demokraten vollumfänglich. [„Die Bundeswehr muss besser finanziert werden, sie muss besser ausgestattet werden.“](#)

[Daran gibt es keinen Zweifel](#) [3]“, so Dürr. Nur weil es keine Bereitschaft gebe den Haushalt, der größtenteils aus Sozialausgaben bestehe, umzubauen, „kann man nicht den einfachen Weg immer neuer zusätzlicher Schulden gehen“, konstatierte der Bundestagsfraktionschef. Er mahnte, dass in Zukunft vermutlich sogar mehr als zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung aufgewendet werden müssten.

Sondervermögen war Notmaßnahme

Auch ein neues Sondervermögen kommt für die Freien Demokraten nicht in Frage. Das ursprüngliche 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen sei eine Notmaßnahme gewesen, weil eine Vorgängerregierung das Geld an anderer Stelle mit vollen Händen für alles ausgegeben habe, nur nicht für die Bundeswehr. „Wenn man das nun dauerhaft über immer neue Schulden machen will, heißt das nichts anderes, als dass man die Schuldenbremse abschafft“, so Dürr.

Immer neue Sondervermögen, um Lücken im Kernhaushalt zu stopfen, seien keine solide Finanzierung der Bundeswehr. „Das Ziel muss sein, dass die Bundeswehr aus dem normalen Bundeshaushalt finanziert wird, wie das andere Länder auch machen, die heute schon mehr als zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben.“

Schuldenbremse abschaffen wäre "geradezu verrückt"

Dürr warnte: „Die Schuldenbremse jetzt abzuschaffen, wäre geradezu verrückt.“ Die Einhaltung der Schuldenbremse sei der Grund für das Ende der Ampelkoalition gewesen. „Jetzt will die Union wieder den Versuch unternehmen, politische Konflikte mit Geld zuzuschütten. Ich habe große Sorge, welche Gestaltungskraft diese Koalition eigentlich haben kann.“

Zeit der Reflexion

„Jetzt ist die Zeit der Reflexion, nicht der Resignation“, sagte Dürr zur Zukunft der Freien Demokraten. Er ist überzeugt, dass „die FDP alle Chancen hat, mit einem guten Angebot bei der nächsten Bundestagswahl wieder erfolgreich zu sein“. Insbesondere die Debatte über die Schuldenbremse habe gezeigt, „wie es ist, wenn die einzige liberale Partei dem Parlament nicht mehr angehört“.

Auch interessant:

- [Christian Dürr im Interview mit der „Welt“](#) [1]
- [Christian Dürr im Interview mit dem „Weser-Kurier“](#) [2]
- [Steuerhöhung wäre Sabotage am Aufschwung](#) [4]
- [Wirtschaftliche Stärke ist geopolitische Stärke](#) [3]
- [Die EU muss ihre Sicherheit selbst in die Hand nehmen](#) [5]
- [Wir müssen mit am Tisch sitzen](#) [6]
- [Ukraine-Hilfen erfolgreich auf den Weg gebracht](#) [7]

Links

[1] <https://www.welt.de/wirtschaft/plus255535276/FDP-Grundgesetz-aendert-man-nicht-einfach-so-aus-Angst-vor-neuen-Mehrheiten.html> [2] <https://www.weser-kurier.de/politik/inland/christian-duerr-zur-fdp-zukunft-schuldenbremse-und-neuaufstellung-doc7zj921qpsjzoc8s83c> [3] <https://www.fdp.de/wirtschaftliche-staerke-ist-geopolitische-staerke> [4] <https://www.fdp.de/steuerhoehung-waere-sabotage-am-aufschwung> [5] <https://www.fdp.de/die-eu-muss-ihre-sicherheit-selbst-die-hand-nehmen> [6] <https://www.fdp.de/wir-muessen-mit-am-tisch-sitzen> [7] <https://www.fdp.de/ukraine-hilfen-erfolgreich-auf-den-weg-gebracht>